

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Stadtrates, am 17.12.2020, 18:00 Uhr, im großen Saal des
Schloßtheaters, Schloßhof 6, Ottweiler

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Holger Schäfer

Mitglieder (Stimmberechtigt)

2. Herr Christian Batz
3. Frau Ingrid Ursula Behr
4. Herr Dr. Wolfgang Brück
5. Herr Jörg Budke
6. Herr Hennig Burger
7. Frau Melitta Daschner
8. Herr Robert Ehm
9. Frau Mira Fularczyk
10. Herr Ralf Georgi
11. Herr Klaus Hans Gerhardt
12. Frau Janka Häckelmann
13. Frau Judith Heckmann
14. Herr Bernhard Hesch
15. Herr Hans Peter Jochum
16. Frau Bianca Knapp
17. Herr Timo Lejeune
18. Herr André Lickes
19. Frau Insa Meiser
20. Herr Karl-Heinz Nätzer
21. Herr Otfried Ratunde
22. Herr Jan Rosenfeldt
23. Frau Laima Rui von 19.07 - 19.10 Uhr, TOP 16
24. Herr Markus Schley von 19.47 - 19.50 Uhr, TOP 18
25. Herr Michael Schmidt von 19.07 - 19.07 Uhr, TOP 16
26. Herr Johannes Schmitt
27. Herr Damhat Sisamci von 19.51 - 19.53 Uhr, TOP 23
28. Herr Günther Sticher von 19.18 - 19.22 Uhr, TOP 18
29. Herr Mathias Thull
30. Frau Elke Walgenbach
31. Herr Gerd Rainer Weber
32. Herr Alexander Weiß
33. Herr Hans Woll

Es fehlten:

Mitglieder (Stimmberechtigt)

34. Frau Sabine Werner

von der Verwaltung

35. Frau Iris Brück
36. Herr Christoph Hassel
37. Herr Holger Herrmann, Personalrat
38. Herr Thomas Maus-Holzer
39. Frau Doris Prietzel, Protokollführung
40. Herr Stefan Schmidt
41. Herr Sascha Veith

Der Vorsitzende eröffnet die letzte Stadtratssitzung im Corona-Jahr unter Einhaltung aller Corona-Bestimmungen, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder, die Kollegen der Verwaltung, die stv. Seniorenbeauftragte Frau Ursula Weishaupt, vom Ortsrat Ottweiler Frau Christl Laueremann, den Naturschutzbeauftragten von Steinbach Herrn Morgenstern, den Personalratsvorsitzenden Herrn Holger Herrmann sowie den stv. Personalratsvorsitzenden Herrn Maus-Holzer und von der Saarbrücker Zeitung Herrn Michael Bier.

Herr Schäfer gratuliert dem Stadratsmitglied und Ortsvorsteher von Fürth nachträglich zum 70. Geburtstag.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Bedenken erhoben. Unter Bezugnahme auf den § 44 (1) KSVG wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Zur Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass der TOP 2 im nicht öffentlichen Teil abgesetzt werden solle, dies wurde bereits im Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss so beschlossen, da die Unterlagen noch nicht vollständig seien. Dafür werde als Tagesordnungspunkt 2 neu im nicht öffentlichen Teil aufgenommen: Beschlussfassung einer überplanmäßigen Ausgabe: Unterstützung der Ortpolizeibehörde durch Fremdpersonal. Diese Sitzungsvorlage liegt als Tischvorlage vor.

Herr Batz (CDU) führt aus, dass auch der Tagesordnungspunkt 3 im nicht öffentlichen Teil abgesetzt werden solle, da hierzu noch Vorträge im Ortsrat und Ausschuss durch den Investor stattfinden sollen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor und die neue Tagesordnung wird einstimmig so angenommen.

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020 - öffentliche Sitzung
2. Jahresrechnung 2019, Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten
Vorlage: Amt 10/016/2020
3. Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024
Vorlage: Amt 20/019/2020
4. Festsetzung der Realsteuerhebesätze 2021 und Erlass einer Hebesatzsatzung
Vorlage: Amt 20/023/2020
5. Regelung der Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Ottweiler ab 01.01.2021
Vorlage: Amt 20/029/2020
6. Beratung und Beschlussfassung des Investitionsprogrammes 2020 bis 2024 für das Abwasserwerk
Vorlage: Amt 20/016/2020
7. Neufestsetzung der Abwassergebühren ab 01.01.2021
Vorlage: Amt 20/018/2020
8. Wirtschaftsplan 2021 für das Abwasserwerk
Vorlage: Amt 20/017/2020
9. Investitionsprogramm (2020 bis 2024) für den Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb
Vorlage: Amt 20/020/2020
10. Wirtschaftsplan 2021 für den Regiebetrieb mit Sonderrechnung "Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb"
Vorlage: Amt 20/015/2020
11. Forstwirtschaftsplan 2021 für den Stadtwald
Vorlage: Amt 60/030/2020
12. Einführung der digitalen Ratsarbeit
Vorlage: Amt 10/002/2020/1
13. Änderung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung in der Stadt Ottweiler
Vorlage: Amt 10/007/2020
14. Grundsatzbeschluss zur Durchführung von Videokonferenzen in außerordentlichen Notlagen und Bildung eines Notausschusses
Vorlage: Amt 10/013/2020
15. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: Amt 10/012/2020
16. Neuausrichtung Zweckverband eGo-Saar mit Satzungsänderung
Vorlage: Amt 10/014/2020
17. Aufbau eines WLAN-Systems für die Nutzung öffentlicher WLANs in der Stadt Ottweiler
Vorlage: Amt 10/009/2020
18. Beitritt zum Bündnis "Städte sicherer Häfen"
Vorlage: Amt 10/018/2020
19. Ausweisung Wanderweg "Eichenwäldchenpfad": Abschluss eines Gestattungsvertrages
Vorlage: Amt 60/031/2020
20. Bebauungsplan "Kurzawann": Abwägung Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/051/2020

- 21 . Bebauungsplan "Wohngebiet Am Kirschbaum": Abwägung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/081/2020
- 22 . Bebauungsplan "Solarpark Am Leimersbrunnenhang" mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans: Abwägung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/079/2020
- 23 . Bebauungsplan "Solarpark Ottweiler-Himmelwald" mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/083/2020
- 24 . Umbau der ehemaligen Scheune Zur Linxbach 32 in Mainzweiler
Vorlage: Amt 61/080/2020
- 25 . Mitteilungen und Anfragen
- 26 . Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 1 . Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020 - nicht öffentliche Sitzung
- 2 . Beschlussfassung einer überplanmäßigen Ausgabe: Unterstützung der Ortspolizeibehörde durch Fremdpersonal (USK 11000.57400: Aufwendungen im Rahmen der Gefahrenabwehr)
Vorlage: Amt 32/027/2020
- 3 . Mitteilungen und Anfragen

A) Öffentliche Sitzung

TOP 1 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020 - öffentliche Sitzung

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020 – öffentlicher Teil – werden keine Einwände erhoben. Damit ist die Niederschrift einstimmig genehmigt.

TOP 2 Jahresrechnung 2019, Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten Vorlage: Amt 10/016/2020

Herr Schäfer eröffnet den Tagesordnungspunkt 2 und teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss bereits einstimmig empfohlen habe. Nach § 42 Absatz 3 KSVG sei ein besonderer Vorsitzender zu bestellen und bittet um Vorschläge.

Herr Nätzer (CDU) schlägt den Fraktionsvorsitzenden Herrn Batz vor.

Weitere Vorschläge werden nicht vorgebracht.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen. Herr Schäfer übergibt den Vorsitz an Herrn Batz. Die am Anordnungsgeschäft beteiligten Beigeordneten setzen sich bei der weiteren Behandlung dieses Punktes zurück.

Herr Batz bedankt sich für das Vertrauen, erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass das Ergebnis des Jahres 2019 mit einem historischen Ergebnis, nämlich einem Überschuss von knapp 1,6 Mio. € abschließe. Er teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Herr Burger (Die Grünen) spricht für das gute Ergebnis, geht auf die einzelnen Zahlen ein und hofft im laufenden Jahr mindestens einen Ausgleich schaffen und im kommenden Jahr einen Überschuss erwirtschaftet zu können.

Frau Behr (AfD) führt aus, da die AfD erst seit August 2019 im Rat anwesend sei, enthalte sich die Fraktion der Stimme.

Herr Batz bedankt sich im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses bei der Verwaltung für das gute Ergebnis und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig mit 2 Enthaltungen,

1. die geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen,
2. den Jahresüberschuss mit 1.582.224,28 Euro der Ausgleichsrücklage zuzuführen
3. und die Bilanzsumme mit 80.015.642,96 Euro festzustellen.

Weiterhin beschließt der Stadtrat einstimmig bei 2 Enthaltungen, dem Bürgermeister und den Beigeordneten in vollem Umfang Entlastung zu erteilen.

Den Vorsitz der Sitzung übernimmt wieder Herr Schäfer und die Beigeordneten nehmen an der weiteren Sitzung teil.

Bevor Herr Schäfer in der Sitzung weiter fortfährt, bedankt er sich bei allen für das entgegen gebrachte Vertrauen.

TOP 3 Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 **Vorlage: Amt 20/019/2020**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ortsräte (Lautenbach bei 2 Enthaltungen) und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss einstimmig empfohlen haben. Er erläutert ausführlich die Sitzungsvorlage und geht auf die einzelnen Projekte ein.

Herr Batz (CDU) geht auf die einzelnen Zahlen ein und nennt die Schwerpunkte des Investitionsprogrammes wie die Digitalisierung, die Bildung und Betreuung, den Brandschutz, die Straße von Ottweiler nach Mainzweiler (unter Vorbehalt, dass die Zuschüsse zugeteilt werden), die Sanierung der Altstadt und die Entwicklung in den Dörfern. Fazit sei, im Investitionsprogramm sind die wichtigen und richtigen Themen genannt, daher stimme die CDU-Fraktion der Vorlage zu.

Herr Burger (Die Grünen) erläutert ebenso die einzelnen Projekte und hofft, dass die Instandsetzung der Heizungsanlage in der Turnhalle in Mainzweiler erfolgt, da diese Maßnahme sehr wichtig sei. Er hoffe, dass möglichst viel aus dem Investitionsprogramm umgesetzt werden könne.

Herr Schäfer stellt klar, dass die Heizungsanlage in der Halle in Mainzweiler nicht kaputt sei und dass der Antrag für Fördermittel, den die Lebenshilfe gestellt habe, für dieses Projekt dem Ministerium vorliege.

Dr. Brück (SPD) weist darauf hin, dass drei große Projekte wie der Bahnhof, die Halle „Im Alten Weiher“ sowie die Grünschnittdeponie im letzten Jahr umgesetzt wurden und hofft, dass langgeplante Projekte im nächsten Jahr hoffentlich umgesetzt werden. An dem Investitionsprogramm ist nichts zu beanstanden, die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Ebenso stimmt Frau Behr (AfD) dem vorliegenden Investitionsprogramm zu und hofft auf Umsetzung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, das als Anlage 1 beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 unter dem Vorbehalt der Genehmigungsfähigkeit des Gesamtbetrages der Investitionskredite im Volumen von 1.424.500 Euro zu beschließen.

**TOP 4 Festsetzung der Realsteuerhebesätze 2021 und Erlass einer Hebesatzsatzung
Vorlage: Amt 20/023/2020**

Bürgermeister Schäfer informiert ausführlich über die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe. Für das Jahr 2021 werden die Sätze konstant gehalten, es erfolgt keine Erhöhung.

Hierzu erfolgen keine Meldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Realsteuerhebesätze für das Jahr 2021 wie folgt festzusetzen:

Grundsteuer A	=	340 v.H.,
Grundsteuer B	=	460 v.H.,
Gewerbsteuer	=	455 v.H.

und die als Anlage 2 beigefügte Hebesatzsatzung zu erlassen.

**TOP 5 Regelung der Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Ottweiler ab
01.01.2021
Vorlage: Amt 20/029/2020**

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig bei einer Enthaltung empfohlen habe.

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen, dass die Stadt Ottweiler auch nach dem 31.12.2020 nach mit den derzeit geltenden Bestimmungen vergleichbaren Regelungen Vergnügungssteuern erheben wird. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung des Entwurfs einer neuen Vergnügungssteuersatzung beauftragt, die der Stadtrat möglichst zeitnah beschließen wird.

TOP 6 Beratung und Beschlussfassung des Investitionsprogrammes 2020 bis 2024 für das Abwasserwerk
Vorlage: Amt 20/016/2020

Herr Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass die Ortsräte (Lautenbach bei 2 Enthaltungen) und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss einstimmig empfohlen haben.

Herr Burger merkt an, dass die Kanalarbeiten in Fürth im nächsten Jahr starten und ca. 6 – 7 Monate andauern. Für diese Maßnahme werde mehr Geld investiert als im vergangenen Jahr 2019 im Bereich Abwasser.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (2 Enthaltungen), das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm des Abwasserwerkes für den Planungszeitraum 2020 bis 2024 zu beschließen.

TOP 7 Neufestsetzung der Abwassergebühren ab 01.01.2021
Vorlage: Amt 20/018/2020

Der Vorsitzende informiert über die Sitzungsvorlage und merkt an, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits mehrheitlich (mit 2 Gegenstimmen) empfohlen habe. Die Gebühr für Niederschlagsschmutzwasser werde ab dem 01.01.2021 um 0,04 € erhöht, die Schmutzwassergebühr bleibe unverändert.

Herr Burger (Die Grünen) führt aus, dass mit Zahlen kalkuliert werde, die nicht stimmen und dass kein Defizit sondern ein Überschuss erwirtschaftet wurde, daher stimme er der Vorlage nicht zu.

Herr Georgi (Die Linke) schließt sich den Ausführungen des Herrn Burger an und verweist auf die Einbußen der Bürger durch die Corona-Pandemie und kann somit einer Erhöhung nicht zustimmen.

Frau Behr (AfD) schließt sich ihren Vorrednern an, da noch viele Kosten im neuen Jahr auf die Bürger zukommen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (26 x ja, 6 x nein) die Gebührensätze für die Abwasserbeseitigung im Rahmen der als Anlage 2 beigefügten Satzung der Stadt Ottweiler zur Festsetzung der Höhe der Abwassergebühren (Abwassergebührensatzung) wie folgt festzusetzen:

Ab 01.01.2021

<u>Niederschlagswassergebühr</u>	=	0,74 € je qm abflusswirksamer Grundstücksfläche
<u>Schmutzwassergebühr</u>	=	3,65 € je m ³ eingeleiteter Schmutzwassermenge

TOP 8 Wirtschaftsplan 2021 für das Abwasserwerk
Vorlage: Amt 20/017/2020

Auch hier erläutert der Vorsitzende die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Feststellung des als Anlage beigefügten Wirtschaftsplanes des Abwasserwerkes der Stadt Ottweiler für das Wirtschaftsjahr 2021 zu beschließen.

TOP 9 Investitionsprogramm (2020 bis 2024) für den Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb
Vorlage: Amt 20/020/2020

Herr Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und erklärt, dass (um den Hygienevorschriften gerecht zu werden) für das Ludwig-Jahn-Bad 3 Funktionscontainer und ein Kassensystem angeschafft werden sollen, damit das Freibad im kommenden Jahr wieder geöffnet werden könne. Ebenso teilt er mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Herr Lickes (SPD) führt aus, dass die SPD dieses Ergebnis befürworte und merkt an, dass die Anschaffung der Container nicht nur für die Pandemie nützlich seien, sondern auch bei sehr hohen Besucherzahlen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Denn da waren die vorhandenen Sanitäreanlagen nicht ausreichend.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, das Investitionsprogramm des Ludwig-Jahn-Bad-Betriebes für den Planungszeitraum 2020 bis 2024 zu beschließen.

TOP 10 Wirtschaftsplan 2021 für den Regiebetrieb mit Sonderrechnung "Ludwig-Jahn-Bad-Betrieb"
Vorlage: Amt 20/015/2020

Bürgermeister Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Herr Burger bemängelt auch hier, dass jedes Jahr mit falschen Beträgen wie Defizite und Betriebskostenzuschüsse kalkuliert werde.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Feststellung des Wirtschaftsplanes des Ludwig-Jahn-Bad-Betriebes der Stadt Ottweiler für das Wirtschaftsjahr 2021 zu beschließen.

TOP 11 Forstwirtschaftsplan 2021 für den Stadtwald
Vorlage: Amt 60/030/2020

Der Vorsitzende informiert über die Sitzungsvorlage und merkt an, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen habe.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Forstwirtschaftsplan 2021 für den Stadtwald zu beschließen.

TOP 12 Einführung der digitalen Ratsarbeit
Vorlage: Amt 10/002/2020/1

Bürgermeister Schäfer erläutert ausführlich die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig (bei 6 Enthaltungen) empfohlen habe. Im Haupt-, Personal- und Finanzausschuss wurde durch Herrn Weber angesprochen, dass am 05.03.2020 beschlossen wurde, dass private Tablets angeschafft werden sollten. Einige Ratsmitglieder haben dies auch bereits schon getan. Jetzt geht die Entscheidung aber in eine andere Richtung, nämlich die interkommunale Zusammenarbeit mit der Kreisstadt Neunkirchen. Dann würden die Tablets durch die Verwaltung angeschafft und den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Daher sei die Bitte der Verwaltung, dass in der nächsten Sitzung des Haupt-, Personal- und Finanzausschusses dieses Thema beraten werde und eine tragbare Lösung für die Tablets erarbeitet werde, die allen gerecht wird.

Herr Weber (SPD) begrüßt die Kooperation mit der Stadt Neunkirchen und sieht darin Vorteile, auch die Sicherheit im Bereich Datenschutz.

Herr Sticher (SPD) fragt nach, ob der Beschluss aus der Sitzung vom 05.03.2020 erst aufgehoben werden müsse, bevor heute neu beschlossen werde.

Herr Veith teilt mit, dass eine Beschlussrücknahme nicht notwendig sei, da es sich hier um eine Ergänzung des Beschlusses vom 05.03.2020 handele, dies sei an der Vorlagennummer zu erkennen.

Frau Behr (AfD) merkt an, da sie eine Augenkrankheit habe, daher könne sie an der digitalen Ratsarbeit nicht teilnehmen und möchte bei der Papierform bleiben.

Herr Schäfer teilt mit, dass das KSVG dies auch so vorsehe, die Mitglieder, die digital nicht teilnehmen möchten, erhalten die Unterlagen in Papierform. Es gibt keine Verpflichtung zur digitalen Ratsarbeit.

Frau Fularczyk erkundigt sich, um welche Endgeräte es sich handele und welche Betriebssysteme eingesetzt werden.

Herr Veith teilt mit, dass bei der Kreisstadt Neunkirchen Apple-I-Pads zum Einsatz kommen, die Stadt Ottweiler habe sich für die Standardvariante entschieden, Format ca. 10,1 Zoll.

Ebenso möchte Frau Fularczyk wissen, was bei nicht ausreichender Verbindung bei einer Videokonferenz sei.

Herr Schäfer verweist auf den Tagesordnungspunkt Nummer 14.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (1 x Enthaltung), die interkommunale Zusammenarbeit mit der Kreisstadt Neunkirchen zur Einführung der digitalen Ratsarbeit zu forcieren und die Verwaltung zu beauftragen, die hierzu notwendigen Schritte einzuleiten.

TOP 13 Änderung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung in der Stadt Ottweiler
Vorlage: Amt 10/007/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass alle Ortsräte einstimmig empfohlen haben bis auf Fürth (mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen), ebenso habe der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss einstimmig empfohlen. Da die Veröffentlichung der Bekanntmachungen durch Aushänge in den Aushängkästen in Ottweiler nicht mehr zeitgemäß ist, sollen mit der Neu-

fassung der Satzung Bekanntmachungen zukünftig rechtsverbindlich durch sog. Internetbekanntmachung gem. § 5a der Verordnung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgen. Zusätzlich sollen Bekanntmachungen weiterhin in der nächstmöglichen Ausgabe der Ottweiler Zeitung veröffentlicht werden. Des Weiteren schlägt der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss die Weiternutzung der Bekanntmachungstafel am Rathaus vor.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Satzung (*Anlage 1*) über die Form der öffentlichen Bekanntmachung in der Stadt Ottweiler in der beigefügten Fassung zu beschließen.

TOP 14 Grundsatzbeschluss zur Durchführung von Videokonferenzen in außerordentlichen Notlagen und Bildung eines Notausschusses
Vorlage: Amt 10/013/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig bei 2 Enthaltungen empfohlen habe. Der Beschluss zu Punkt 2 wurde durch den Haupt-, Personal- und Finanzausschuss in die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt. Videokonferenzen sollen nur bei Bestehen einer außerordentlichen Notlage nach § 51a Abs. 1 Nr. 2 KSVG stattfinden.

Auf die Frage von Frau Fularczyk in TOP 12, was wir tun können, wenn keine Stabilität des Netzes vorhanden ist, antwortet der Vorsitzende, dass in erster Linie die Sitzung nicht stattfindet. Dies müsse aber noch im Detail besprochen werden.

Herr Lejeune merkt an, dass er die Frage von Frau Fularczyk so verstanden habe, wenn die Verbindung von zuhause aus schlecht sei. Dann sollte ein städtischer Ort aufgesucht werden.

Frau Fularczyk führt aus, dass es gut ist, beides zu wissen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Grundsatzbeschluss zur Durchführung von Stadtratssitzungen als Videokonferenzen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 51a Abs. 1 Nr. 1 KSVG zu fassen.

TOP 15 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: Amt 10/012/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen) empfohlen habe und informiert, dass die Geschäftsordnung (*Anlage 2*) um den § 25a ergänzt wurde.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den neuen § 25a „Außerordentliche Notlagen und Notausschuss“ in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

TOP 16 Neuausrichtung Zweckverband eGo-Saar mit Satzungsänderung
Vorlage: Amt 10/014/2020

Bürgermeister Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage über die Neuausrichtung des eGo - Saar und Planung des Zeitrahmens von ca. 7 – 10 Jahren und teilt mit, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen empfohlen habe.

Herr Dr. Brück (SPD) führt aus, dass er keine wesentliche Vereinfachung und Unterstützung für die EDV sehe. Hier müsse er Herrn König Recht geben, der eGo-Saar sei überflüssig. Er hofft auf Besserung, denn schlimmer kann es nicht mehr werden.

Herr Batz (CDU) schließt sich in vielen Punkten Herrn Dr. Brück an, die Performance des eGo – Saar war in den letzten Jahren eher suboptimal. Er ist der Meinung, dass die Neuausrichtung hätte früher kommen müssen und die Umsetzung müsse schneller erfolgen. Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Herr Schäfer führt aus, wenn der eGo-Saar die Performance des EVS erreicht, wäre das sehr gut.

Herr Lickes (SPD) findet die Grundidee sehr gut. Was auf jeden Fall verbessert werden müsse, seien die Kontrollen, weil es zu wenig gab. Der vorgegebene Zeitrahmen zur Neuausrichtung sei zu lang, dies müsse schneller erfolgen. Vor allem weil auch Personalaufstockungen in nicht unerheblicher Größe vorgesehen seien. Er habe die Bitte, dass die Gremien einmal im Jahr über den Fortschritt informiert werden.

Bürgermeister Schäfer sagt eine Anregung an die Geschäftsführung diesbezüglich zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (28 x ja, 4 x Enthaltung), den Satzungsentwurf zur Kenntnis zu nehmen und dem Bürgermeister das Mandat zu erteilen, der Änderung der Verbandssatzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes eGo-Saar zuzustimmen.

TOP 17 Aufbau eines WLAN-Systems für die Nutzung öffentlicher WLANs in der Stadt Ottweiler
Vorlage: Amt 10/009/2020

Der Vorsitzende informiert über die Sitzungsvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 18 Beitritt zum Bündnis "Städte sicherer Häfen"
Vorlage: Amt 10/018/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage zum Beitritt zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“ und führt aus, dass der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss wegen weiterem Beratungsbedarf keine Beschlussempfehlung an den Stadtrat ausgesprochen habe.

Herr Batz (SPD) führt aus, dass es sich hier um keine rechtliche Körperschaft handele und er habe Bedenken, dass das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ der Ernsthaftigkeit des Themas gerecht werde. Es werden Flüchtlinge und Asylbewerber gleich behandelt, obwohl das rechtlich gesehen unterschied-

liche Themen seien. Städte sollen frei entscheiden können, welche Flüchtlinge sie aufnehmen, wobei das Aufgabe des Bundes sei. Dazu besteht weder eine rechtliche noch eine fachliche Kompetenz.

Frau Meiser bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Prüfung und Bewertung der Resolution und des Bündnisses „Seebrücke“. Sie begrüßt, dass die Verwaltung zu dem Entschluss gekommen sei, dem Bündnis beizutreten und formell unterzeichnen zu können. Sie schildert die Situation in Lesbos, die menschenwürdig sei, die so nicht hingenommen werden könne und verweist auf die moralische Verpflichtung. Dem Bündnis haben sich bereits 214 Städte und Landkreise angeschlossen, die sich solidarisch dafür einsetzen, dass neben dem Königsteiner Verteilungsschlüssel ein zusätzlicher Verteilungsschlüssel verhandelt werde. Das bedeutet, dass die Bündnispartner gemeinsam eine Lösung verhandeln. Der Stadt werde keine Lösung aufgedrängt, sondern die Stadt sitzt mit am Tisch. Was kann die Stadt Ottweiler leisten oder was können andere Städte mehr leisten, die finanziell besser da stehen? Als Stadt Ottweiler könne mit verhandelt werden und damit durchgesetzt werden, dass die Stadt Ottweiler ein sicherer Hafen sei. Die Einstellung der CDU-Fraktion sei nicht korrekt. Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Herr Burger erkundigt sich, ob bei den 214 Kommunen und Landkreisen auch Gemeinden und Landkreise aus dem Saarland dabei sind?

Frau Meiser teilt mit, dass im Juni 2020 ein Stadtteil von Saarbrücken eine gemeinsame Resolution und dann auch ein Antrag, wie er hier vorliegt, gestellt habe, was mehrheitlich beschlossen wurde.

Herr Rosenfeldt teilt mit, wir sollen hier einem Bündnis beitreten, das kein Bündnis sei. Es gebe eine Erklärung, die die Stadt Potsdam, andere Kommunen und Kommunalverbände auch unterzeichnet haben. Dies sei keine juristische Körperschaft. Insgesamt sehe er die Angelegenheit als gut gemeint, aber gut gemeint sei nicht gut gemacht. Gut gemacht sei, dass in der letzten Sitzung der Resolution zugestimmt wurde, aber dem Beitritt zum Bündnis könne nicht zugestimmt werden.

Herr Sisamci fragt nach, ob er das richtig verstehe, dass die CDU Ottweiler sagt, dass die CDU aus Saarbrücken einem Bündnis beigetreten sei, das gegen die Verfassung spricht.

Herr Batz (CDU) stehe zu der Resolution, aber befürwortet den Beitritt zum Bündnis nicht.

Herr Dr. Brück merkt an, dass Bedenken vorgetragen werden. Ein sicherer Hafen sei eine gute Sache. Dann solle Flagge gezeigt werden und eine gute Sache solle nicht kaputt gemacht werden.

Herr Lickes führt aus, dass er es problematisch sehe, wenn gegen eine Organisation, egal wie sie aufgestellt sei, sofort lädiert werde, sobald eine Unterwanderung von rechts- oder linksextremen Gruppierungen stattfinden, das sei nichts Gutes. Aber genau dann würden wir ja diesen extremen Gruppierungen die Möglichkeit geben, alles kaputt zu machen. Sich gegen die Unterwanderung zu wehren sei der eigentliche richtige Weg und zu dem Bündnis zu stehen. Dass diese Gruppierungen mitmischen, solle verhindert werden und trotzdem einer guten Sache dienen. Er führt aus, dass er das mit der Solidarität nicht verstanden habe. Entweder sind wir solidarisch und wollen den Menschen helfen, die unsere Hilfe brauchen. Immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Unterschied gemacht werde, ob es ein Asylbewerber oder ein Flüchtling sei nicht zielführend. In dem Moment, wo die Leute aufgenommen, sei dies noch nicht bekannt. Das werde erst im Nachgang geprüft, ob jemand berechtigt ist, einen Asylantrag zu stellen oder überhaupt einen Antrag zu stellen oder ob er als Flüchtling anerkannt werde. Hier gehe es darum, dass Menschen in extremer Not geholfen werde. Herr Lickes merkt an, wenn Dinge so schief laufen wie im Moment in unserer Politik, was Flüchtlinge und Asylbewerber angehe, dann müssen Wege gefunden werden und sich dagegen gewehrt werden. Mit diesem Bündnis solle Druck auf die Bundesregierung und die europäische Union ausgeübt werden.

Zwischen den beiden großen Parteien erfolgt eine rege Diskussion für und wider dem Beitritt zum Bündnis sicherer Hafen.

Herr Rosenfeldt spricht Herrn Lickes an, dass er festgestellt habe, dass sich jeder Organisation, die von Radikalen versucht werde zu unterwandern, ferngehalten werden solle. Der Rechtsstaat sei zu schützen.

Herr Weiß (SPD) bezieht sich auf die Mitteilung von Frau Meiser, dass bereits 214 Städte und Kommunen dem Bündnis beigetreten seien. Hier in Ottweiler scheitert es an möglichen verfassungsfeindlichen Anfeindungen. Die SPD-Fraktion bleibe ganz klar bei ihrer Haltung, Flüchtlinge aufzunehmen, dies sei ein Gebot der Humanität. Die Stadt Ottweiler solle hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Herr Schley (CDU) merkt an, dass die CDU nichts Schlechtes möchte und weist darauf hin, dass eine ähnliche Organisation ausgesucht werden solle, die alle erforderlichen Kriterien erfülle, die dann unterstützt werden kann. In dem Rahmen, den die Stadt zu erfüllen habe, sei Bereitschaft, Flüchtlinge und Asylanten aufzunehmen da.

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich (17 x nein, 15 x ja) ab, den Bürgermeister zu beauftragen, die Potsdamer Erklärung zu unterzeichnen und diese an die Landeshauptstadt Potsdam als koordinierende Stelle weiterzuleiten, damit die Stadt Ottweiler in das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ aufgenommen wird.

TOP 19 Ausweisung Wanderweg "Eichenwäldchenpfad": Abschluss eines Gestattungsvertrages
Vorlage: Amt 60/031/2020

Bürgermeister Schäfer erläutert die ausführlich die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Ortsrat Ottweiler sowie der Haupt-, Personal- und Finanzausschuss bereits einstimmig empfohlen haben.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den als Anlage beigefügten Gestattungsvertrag mit dem Saarländischen Schwesternverband e.V. abzuschließen.

TOP 20 Bebauungsplan "Kurzawann": Abwägung Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/051/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass der Ortsrat Mainzweiler und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss bereits einstimmig empfohlen haben.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig,

1) die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Abwägungsunterlagen sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung zu beschließen.

2) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan „Kurzawann“, bestehend aus Planzeichnung und Textteil als Satzung mit Begründung zu beschließen.

3) die Stadtverwaltung zu beauftragen, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Kurzawann“ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 21 Bebauungsplan "Wohngebiet Am Kirschbaum": Abwägung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/081/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und informiert, dass der Ortsrat Steinbach und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss bereits einstimmig empfohlen haben.

Herr Weber nimmt wegen Befangenheit an der Beratung nicht teil.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig,

1) die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Abwägungssynopse sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die weitere Planung zu beschließen.

2) den Bebauungsplan „Wohngebiet Am Kirschbaum“ als Satzung mit der Begründung zu beschließen.

3) die Stadtverwaltung zu beauftragen, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Wohngebiet Am Kirschbaum“ ortsüblich bekannt zu machen.

Herr Weber nimmt an der weiteren Sitzung wieder teil.

TOP 22 Bebauungsplan "Solarpark Am Leimersbrunnenhang" mit paralleler Teilländerung des Flächennutzungsplans: Abwägung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/079/2020

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass bereits der Ortsrat Ottweiler einstimmig bei einer Enthaltung sowie der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme empfohlen haben.

Herr Hassel teilt mit, dass das Zielabweichungsfahren den landesplanerischen Zielen entspricht.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (28 x ja, 1 x nein, 3 x Enthaltung),

1) die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Abwägungssynopsen sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die weitere Planung zu beschließen.

2) den Bebauungsplan „Solarpark Am Leimersbrunnenhang“ als Satzung und die Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes mit den jeweiligen Begründungen zu beschließen.

3) die Stadtverwaltung zu beauftragen, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Solarpark Am Leimersbrunnenhang“ und den abschließenden Beschluss der Teiländerung des Flächennutzungsplans nach erfolgter Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 23 Bebauungsplan "Solarpark Ottweiler-Himmelwald" mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: Amt 61/083/2020**

Bürgermeister Schäfer informiert ausführlich über die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Ortsrat Steinbach bei 4 Enthaltungen einstimmig empfohlen habe und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss bei einer Gegenstimme bereits mehrheitlich empfohlen habe.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (26 x ja, 2 x nein, 3 x Enthaltung),

1) gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Ottweiler-Himmelwald“ mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans im Geltungsbereich des Bebauungsplans zu beschließen.

2) die Verwaltung zu beauftragen, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Solarpark Ottweiler-Himmelwald“ mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 24 Umbau der ehemaligen Scheune Zur Linxbach 32 in Mainzweiler
Vorlage: Amt 61/080/2020**

Bürgermeister Schäfer erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass der Ortsrat Mainzweiler und der Bau-, Umwelt- und Sanierungsausschuss bereits einstimmig empfohlen haben.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig,

1) dem Umbau der ehemaligen Scheune Zur Linxbach 33 in Mainzweiler im Grundsatz zuzustimmen.

2) die Verwaltung zu beauftragen, die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten (Bebauungsplan/Ergänzungssatzung, Städtebaulicher Vertrag).

TOP 25 Mitteilungen und Anfragen

25.1 Der Vorsitzende informiert darüber, dass die NVG ab dem 01.01.2021 für die Linien 302, 304 (Ottweiler Bussi) zwischen Ottweiler Schlosshof und Ottweiler Krankenhaus (betrifft 5 Haltestellen)

für mobilitätseingeschränkte Personen ein kostenfreies Mobi-Ticket probeweise für ein Jahr zur Verfügung stelle.

Es erfolgen keine weiteren Meldungen.

TOP 26 Einwohnerfragestunde

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Schäfer gratuliert noch Frau Judith Heckmann nachträglich zum runden Geburtstag am 23.11.2020.

B) Nichtöffentliche Sitzung

Der Vorsitzende

gez. Holger Schäfer

Schriftführerin:

gez. Doris Prietzel